

Welche Wünsche haben Sie für die Zukunft?

Mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Die Etablierung von Demokratien war bisher mit wirtschaftlicher Entwicklung und wachsendem Wohlstand verbunden. Wenn der Wohlstand in Zukunft nicht mehr weiter wachsen wird, dann braucht es mehr Gerechtigkeit,

damit Demokratie sich weiter stabilisieren und entwickeln kann.

Außerdem wünschen wir uns, dass ein neues Menschenbild mehr Anhänger/innen findet: Eine Sicht auf Menschen, die zuerst die in ihnen liegenden Potenziale wahrnimmt und Bildung im Sinne von self empowerment versteht.

Ulrich Jochimsen: Macht und Energie

Kampf um Mitbestimmung in Stuttgart, Kampf um Demokratie

Seit zweieinhalb Jahren bin ich Mitglied im Stuttgarter Wasserforum. Das Wasserforum wurde Anfang 2003 gegründet, nachdem die Stadt Stuttgart ihre komplette Infrastruktur – die Wasser-, Strom-, Gas- und Wärmeversorgung – an Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) verkauft hat, um Geld für Stuttgart 21/ S 21 zu haben.

Der denkmalgeschützte Kopfbahnhof, gebaut in den Jahren 1914–28, verschwindet (1). Stattdessen wird der neue Durchgangsbahnhof S 21 quer zur jetzigen Fahrriechtung 12 Meter tief in die Erde verlegt. Dazu werden im einzigen Naherholungsgebiet der Stuttgarter Kessellage, 280 zweihundert Jahre alte Platanen gefällt. In Stuttgarts Untergrund werden vier neue Tunnel mit insgesamt 33 Kilometer Länge mehrgleisig gebohrt. Doch Vorsicht! Der dortige Gipskeuper darf niemals mit Wasser in Berührung kommen. Sonst quillt er mehrere Zentimeter pro Monat auf wie ein Hefeteig, wie gerade in Staufen Freiburg zu besichtigen. Ewige, teure Reparaturen sind vorprogrammiert.

Versacken die Häuser im Boden? Rutschen sie von den Hängen hinab ins Tal?

Die zweitgrößten Mineralquellen Europas sind bedroht. Der Kampf gegen das Grundwasser wird zur ewigen Aufgabe. So lange Stuttgart existiert, muss gepumpt werden. Der neue Tiefbahnhof S 21 droht wie ein U-Boot aus der Tiefe aufzutauchen. Die jetzt vorhandenen 17 Gleise des Kopfbahnhofs werden zu 8 Gleisen im neuen Tiefbahnhof gestutzt. Umsteigen ist nicht mehr einfach ebenerdig möglich, sondern mit Gepäck Treppe rauf, Treppe runter. Es wird eng. Manche Fahrgäste bekommen Platzangst. Die Umstände der Love-Parade in Duisburg kommen in Erinnerung. Bei Verspätung der Fernzüge gibt es nahezu keine Reserven. Es werden mit erheblichen Mitteln verkehrstechnische Engpässe/Nadelöhre geschaffen.

„Die Entscheidung ist unumkehrbar und für Kompromisse ist es jetzt zu spät“. S 21 sei „demokratisch legitimiert“, absegnet von den Parlamenten von Stadt, Region, Land und Bund.

Doch erst nach diesen Entscheidungen wurden versteckt gehaltene Fakten, erheblich gestiegene Kosten

und Unsicherheiten bekannt. Noch sind nicht alle Planfeststellungsverfahren für S 21 juristisch legitimiert. Der Bundesrechnungshof und das Umweltbundesamt fällten vernichtende Urteile: „Dieser sehr hohe Aufwand steht u.E. in keinem Verhältnis zum geringen verkehrlichen Nutzen.“

Der promovierte Jurist OB Wolfgang Schuster versprach vor seiner Wiederwahl 2004 im Falle von Kostensteigerungen einen Bürgerentscheid durchzuführen. Im Jahre 2007 wurden 67.000 Unterschriften gegen S 21 gesammelt. Doch auf einmal war das nicht statthaft, denn „S 21 ist kein Immobilien-, sondern ein Bundesbahnprojekt“. Dieses Projekt frisst das Geld für Kindergärten, Schulen, Theater und den Rest demokratischer Strukturen. Für den bundesweiten Ausbau des Schienennetzes und den großräumigen Güterverkehr ist für sehr viele Jahre kein Geld mehr da. S 21 sei „hochgradig ineffektiv“ erkannte die ZEIT am 19.8.2010. Das „Milliardengrab“ S 21 ist längst kein Verkehrsprojekt mehr. Mindestens 4,1 Milliarden Euro, wahrscheinlich 12 Milliarden Euro werden versenkt. Es ist eine Metapher für eine kaltschnäuzige Cliquenwirtschaft, die den Mythos einer Gesellschaft pflegt, in der nur Schnelligkeit, Fortschritt, Wachstum und die Bezwingbarkeit der Natur zählen. (2) Das Projekt war ins Gigantische geraten, die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft in Begeisterung. Die Mehrheiten der Parlamentarier in Stadt und Land hatten zugestimmt – auf der Basis unrealistischer Kostenwerte und offensichtlich unwissend, welche finanziellen, terminlichen und geologischen Risiken zwangsläufig entstehen. Die Wertschöpfung und damit die Gewinnchancen steigen mit wachsenden Investitionen: Je teurer ein Vorhaben, desto gewinnträchtiger ist es. Die DB AG ist auf maximale Gewinne ausgerichtet.

Das steht im Gegensatz zum öffentlichen Interesse, die Ausgaben zu minimieren. (3)

Der Widerstand geht in zehn Jahren geplante Bauzeit weiter. Vielleicht lange 25 Jahre oder das Projekt bleibt unfertig? „Oben bleiben“, „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns den Bahnhof klaut“. Angesichts der fleißigen Schwaben drängt sich für die „geniale“ Politik von Bund, Land und Stadt das Beispiel der einst klugen Bürger von Schilda auf.

Unser Bürgerbegehren „100-Wasser“

In diesem politischen Umfeld starteten wir am 29.4.2009 unser Bürgerbegehren „100-Wasser“ zum Rückkauf des Stuttgarter Wasserversorgungssystems. Ohne unser Bürgerbegehren hätte Stuttgart seit 1.1.2010 bis 31.12.2023 aufs Neue einen EnBW-Wasserbetrieb mit EnBW-Betriebsführung, Anlagenvermögen zu 50% EnBW. Am 17. Juni 2010 nahm der Gemeinderat schließlich mit breiter Mehrheit die Forderungen unseres erfolgreichen Bürgerbegehrens „100-Wasser“ an: die Wasserversorgung bis spätestens zum 1. 1. 2014 von EnBW komplett zurück zu kaufen und diese selbst zu betreiben. (4)

Diskurs 1:

Wasser und Energie sind die unveräußerlichen Grundvoraussetzungen für die lebendige Natur und damit die Existenz des Menschen. Sie zu privatisieren bedeutet, uns unsere Lebensgrundlagen zu rauben. Eine Aktiengesellschaft dient ausschließlich ihren Aktionären und dem Profit. Dagegen steht eine Kommune unter der demokratischen Kontrolle durch die BürgerInnen. Das ist der wesentliche Unterschied: **Privatrecht zu Ordnungsrecht!**

Diskurs 2:

Energie ist die Achillesferse der Industriegesellschaft. In naher Zukunft werden 100% kommunale Stadtwerke die Erwerbsgrundlage für eine demokratische und sozial-ökologische Gesellschaft sein. Stuttgarter Stadtwerke würden unter EnBW/EdF-Betriebsführung in dem industriepolitisch hoch innovativen Zeitraum von 2014 bis 2034 um alle notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten gebracht werden. Denn erst seit kurzem – dem Jahre 2007 – ist unter dem Druck der EU das Zeitalter des Wettbewerbs im Bereich der Netze ausgebrochen. Das verändert unser seit hundert Jahren geprägtes Bild der Stadtwerke. **Nichts bleibt wie es ist!** Um diesen Herausforderungen nicht nur zu begegnen, sondern sich an die Spitze der Erneuerung zu stellen, muss Stuttgart in Zukunft Hardware und Software der Energie- und Mobilitäts-Produkte liefern. Das geht nur, wenn diese neue Energiewelt in Stuttgart ausprobiert und vorgeführt wird.

Unsere Aktion „100-Strom“

Mit unserem Bürgerbegehren „100-Wasser“ sind wir einen großen Schritt weiter gekommen. Als nächstes muss die Konzession für die Strom-, Gas- und Wärmeversorgung zurück in städtische Hand, damit wir konzernunabhängige Stadtwerke gründen können. Netze sind das Herzstück von Stadtwerken. Sie sind die faktische Voraussetzung für eine eigenwillige Energiepolitik in der Stadt, gemäß dem Erfindergeist in der Geburtsstätte des ersten Automobils. Wer die Netze besitzt, bestimmt, ob Stuttgart atom-stromfrei wird. Von ganz besonderer Bedeutung ist das Gasnetz. Mit Gas wird die bürgerschaftliche, effiziente Kraft-Wärme-Kopplung/KWK betrieben.

Allein mit KWK kann Stuttgart 50% seines Stroms dezentral erzeugen. KWK ist die Brückentechnologie zu 100% erneuerbarer Energie. Gas wird nach und nach regional erzeugt, über Vergasung organischer Abfälle sowie mit Pyrolyse. Der immens teure Ausbau der Fern-Hochspannungs-Trassen entfällt. Dieser Ausbau dient nur der Machterweiterung der Energiemonopole und wird letztendlich von uns Otto-Normalverbrauchern bezahlt. Stattdessen kann das Geld für die Entwicklung der erneuerbaren Energie ausgegeben werden. (5)

Zur Geschichte der Atomenergie in Deutschland

In den letzten sechs Jahrzehnten gelang es den Energiekonzernen, 165 Milliarden Euro Subventionen an Forschungs-, Entwicklungs-, Sicherheits-, Entsorgungs- und Bürokratiekosten zu erhalten. Das, obwohl die Kraftwerksbetreiber nicht ausreichend Haftpflicht versichert sind.

Tritt ein Super-GAU ein, sind wir alle dran! Die Ersparnis dieser Versicherungsunterdeckung betrug seit 1950 insgesamt 11,4 Billionen Euro! Anlässlich des Atomausstiegsbeschlusses des Jahres 2000 verzichtete die Bundesregierung auf die Steuer der Rückstellungen für den späteren Abriss der Atomreaktoren. 20 Milliarden Euro wurden den Konzernen geschenkt. *„Die Entscheidung ist unumkehrbar und für Kompromisse ist es jetzt zu spät“*, gilt für S 21, aber nicht für den im Jahr 2000 beschlossenen gesetzlichen Ausstieg aus der Atomenergie. „Lügenpack, Lügenpack“ skandierten am 27.8.2010 die 50.000 Demonstranten, als sie den badenwürttembergischen Landtag in Stuttgart umzingelten.

E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW erpressen die Bundesregierung

Wie die Atomwirtschaft die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorführt, ja erpresst, übersteigt die üblichen Vorstellungen von der Macht der Konzerne und der Ohnmacht der Politik.

Nicht verschämt und versteckt, ganz offen und in aller Brutalität diktieren die vier Stromgiganten dem Kanzleramt und den Ministern ihre Bedingungen für die Zukunft der Kernenergie. Sie drohen und drängen, drangsalieren und drücken den Staat mit einer Arroganz, die bedrohliche Ausmaße annimmt. Als „fünfte Gewalt“ im deutschen Staat sind Lobbyisten beschrieben worden. Derzeit scheinen sie eher die „erste“ zu sein. Der übermäßige Einfluss der Energiewirtschaft auf die deutsche Politik zeigt sich in diesen Tagen an vielen Stellen. Eher putzig mutet die Warnung an, man werde die Atomkraftwerke stilllegen. Niemand glaubt ernsthaft, die Stromunternehmen könnten sich das Geschäft mit ihren Meilern selbst kaputt machen. Schon aufschlussreicher ist die Geschichte vom kurzen Leben der Kohlesteuer. Vor einiger Zeit hatten sich Finanz-, Umwelt- und Wirtschaftsministerium geeinigt, diese Abgabe als Teil des schwarz-gelben Spar-

pakets einzuführen. Dann rief Hildegard Müller, Merkel-Vertraute und Chefin des im Jahre 2007 gegründeten übermächtigen Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft/BDEW, im Kanzleramt an. Wenige Stunden später war das Vorhaben gestoppt und die Steuer beendet.

Die Regierung Merkel führt mit den Energieversorgern keine Gespräche, sondern Verhandlungen. (FR 17.8.2010) Woher haben die vier „Besatzungsmächte“ ihre Macht? Die in Deutschland führenden „Politiker“ sehen zu und machen nichts. Politische Bildung hin zum mündigen Bürger stört da sehr und kostet ihnen viel zu viel. Selbst dieses lächerlich geringe Geld wird gespart, um ja nicht die Bürger energie- und wasserpolitisch bewusst werden zu lassen.

Asse II, Schacht Konrad, Gorleben und Morsleben

„Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“, gilt vor allem in der sicheren Entsorgung des Atom Mülls von E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW. Das Rechtsprinzip „Verwaltungsakzessorietät“ schützt sie: Was von der Verwaltung gestattet ist, wird strafrechtlich nicht verfolgt. (6) Zunächst nur „Fachleuten“ bekannt, drang der Skandal erst im Juli 2007 durch Stefan Wenzel an die Öffentlichkeit. In der Asse II, einem maroden alten Salzbergwerk, lagern in 750 Metern Tiefe „versuchsweise“ 125.000 brüchige Fässer Atom müll aus den Jahren bis 1978. Die radioaktiv kontaminierte Lauge tritt weit über die Grenzwerte aus. Die Sanierung der Asse II kostet geschätzte zwei Milliarden Euro. Die Kosten seien „derzeit nicht belastbar abzuschätzen“. (7) Eine komplette Rückholung des Atom mülls aus dem maroden Salzbergwerk werde nach einer ersten Machbarkeitsstudie etwa 3,7 Milliarden Euro kosten! Die hauptsächlichen Einlagerer, die Betreiber von Atomkraftwerken, kommen kostenlos davon. Den Schaden haben wir alle. Ein Untersuchungsausschuss sucht vergeblich nach politisch Verantwortlichen. Der größte Umweltskandal der deutschen Geschichte bleibt ohne strafrechtliche Folgen.

Ob Gorleben geologisch als Endlager geeignet ist, weiß man nicht. Für Gorleben spielten nicht nur fachliche Erwägungen eine Rolle, sondern letztlich politische Interessen. Keine Offenheit und Transparenz im Verfahren! Entwürfe und Gutachten wurden umbewertet! Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat nur noch bis 2015 das Recht, den kompletten Salzstock zu erkunden. Dann laufen die Verträge mit den Bauern aus. Ohne Salzrechte wird nichts aus dem Genehmigungsverfahren. Das BfS braucht die Rechte bis zum Eignungsnachweis, der frühestens in 15 Jahren vorliegt. Man kann nicht da weitermachen, wo man im Jahr 2000 aufhörte. Es gelten heute völlig veränderte Rahmenbedingungen und größere Mengen Atom müll. Die Salzrechte wurden nur zur Erkundung und Offenhaltung, nicht zur Errichtung eines Endlagers eingeholt.

Grundsätzlich sind drei Gesteinsformationen für die Endlagerung geeignet: Salz, Ton und Granit. Wissenschaftliche Empfehlungen für die Untersuchung entsprechender Standorte gibt es seit 2001, nur fehlte die politische Kraft für ein Suchverfahren. Die Schweiz wählte diesen Weg. Widerstand gibt es an jedem Standort. Aber aus dem Verfahren beim Schacht Konrad, den das BfS zum Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle umbaut, wurde gelernt: Wenn man alle Sicherheitsnachweise erbringt und mit der Bevölkerung ehrlich kommuniziert, gibt es die Chance, dass nicht die Verhältnisse von Gorleben eintreten. (8)

Beim Rückbau der DDR-Atomkraftwerke in Greifswald und Rheinsberg werden Mehrkosten von einer Milliarde Euro erwartet gegenüber der ursprünglichen Planung. Angesichts zahlreicher Sanierungsprojekte wie der Asse II und Morsleben droht ein atomares Fass ohne Boden. Es gibt kein sicheres Endlager für den radioaktiven Abfall auf der ganzen Welt. Jahrmillionen muss der Atom müll sicher von der Biosphäre getrennt bleiben. Aber nach und nach wird das Grundwasser und damit unsere Umwelt verstrahlt. (9)

Warum bekommt Deutschland seine Energiepolitik nicht in den Griff?

Mythos 1: Am 8. Mai 1945 sei die Stunde Null gewesen. Ich habe sie bewusst erlebt. Es gab keine Stunde Null. Sie wurde erdichtet, um zu kaschieren, dass alles so weiter ging wie gehabt. (10)

Mythos 2: Am 23. Mai 1949 wurde das „Grundgesetz“ erlassen. Es wurde nicht unsere Verfassung geschaffen, sondern „ein Notdach auf dem ausgebrannten Reichsgebäude“ (Carlo Schmid, einer der Väter des Grundgesetzes). Die Energiewirtschaft wurde bewusst *nicht* ins Grundgesetz eingefügt und damit die Chance vertan, die Energiewirtschaft von Grund auf zu demokratisieren und den Menschenrechten unter zu ordnen. Sie befindet sich verfassungsgemäß noch im selben Zustand wie ihn Adolf Hitler mit dem „Generalinspektor für Wasser und Energie“ vom 29. Juli 1941 schuf. Der Reichsinnen- und der Reichswirtschaftsminister konnten ihre Absetzung aus der Energiepolitik aus der Zeitung erfahren. Seit drei Jahren fand keine Kabinettsitzung mehr statt. *Adolf Hitler befand sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Höhepunkt seiner Macht. (Überfall der Sowjetunion, „Endlösung der Juden“ ... um dem deutschen „Volk ohne Raum“ die Welt-herrschaft zu ermöglichen.)* (11)

Mythos 3: Im April 1998 fand die so genannte „Liberalisierung der Energiemärkte“ statt.

Angeblich hatte man keine Zeit – 53 Jahre lang – die Demokratisierung der Energiewirtschaft in unsere Verfassung zu bringen, obwohl der Bundestag es mehrmals mit größtem Nachdruck forderte.

Nur Zufall? Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Vize Joschka Fischer wurden Berater der

Energiekonzerne. Und die geheimen Atomverträge von Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrer Vertrauten Hildegard Müller, Geschäftsführerin des übermächtigen Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), mit den Energiemonopolen? Doch kein Zufall.

„Es wird nirgends so gelogen wie auf dem Gebiet der Energie“, sagte mir Ludwig Bölkow anlässlich eines Interviews, das ich zu meiner Titelgeschichte in Horst Sterns „natur“, Heft 3 im Jahr 1981 schrieb: „Hoffen auf den gelben Riesen“. Gemeint war die Sonnenenergie. (12)

In Deutschland laufen in den nächsten Jahren ca. 2.000 Konzessionsverträge für Strom und Gas aus. Die Rekomunalisierung der Energieversorgung, der Rückkauf der Leitungsnetze durch die Kommunen, ist die Chance, die Macht dieser Konzerne einzuschränken und die Energiewirtschaft zu demokratisieren.

Literatur

- (1) <http://www.kopfbahnhof-21.de>
- (2) http://www.german-architects.com/pages/page_item_34_10_521
- (3) Prof. Dipl.-Ing. Karl-Dieter Bodack, „Für Stuttgart 21 gibt es viele Gründe und bessere Alternativen, die nur einen Bruchteil kosten“
- (4) http://www.hundert-wasser.org/files/PK_Wasser_17.pdf
- (5) http://www.100-strom.de/files/Flyer_Strom_9.pdf
- (6) Jens Schneider, „Ein Skandal ohne juristische Folgen“, S.Z. 25. März 2010
- (7) n-tv, „Atom-Rückbau kostet Milliarden“, 26. Juli 2010

- (8) Michael Bauchmüller, „Ob Gorleben geeignet ist, wissen wir bis heute nicht“, S.Z., 26.8.2009
- (9) http://www.ulrich-jochimsen.de/files/Atomenergie_Restrisiko.pdf
- (10) http://www.ulrich-jochimsen.de/files/Meine_KWK.pdf
- (11) http://www.ulrich-jochimsen.de/files/Atomstaat_Kirche.pdf http://www.ulrich-jochimsen.de/files/Strom_Inhaltsverzeichnis.pdf
- (12) http://www.ulrich-jochimsen.de/files/Zukunft_ist_dezentral.pdf, <http://www.ulrich-jochimsen.de/files/Natur1.pdf>

Ulrich Jochimsen ist Grundtvig-Stiftung e.V., für bürgerbewegte politische Bildung, Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V., Ehrenvorsitzender des Fördervereins „Haus der Natur“ in Potsdam. <http://www.grundtvig.de>, <http://www.ulrich-jochimsen.de>



Ulrich Jochimsen

Burghard Flieger, Dietmar Freiherr von Blittersdorff: **Energiewende erfordert Bildungswende: Ein Projektbericht zur Qualifizierung „Projektentwickler/in für Energiegenossenschaften“**

Ausgangslage für die Projektidee

In der politischen Agenda der Bundesrepublik ist die Klimapolitik fest verankert. Um die Anerkennung der Bedeutung des Themas muss nicht mehr gerungen werden – wohl aber um die praktischen und politischen Konzeptionen. Mit welchen konkreten Maßnahmen dem teilweise dramatischen Klimawandel begegnet werden soll, bleibt in vielen Fällen unklar. Dies gilt, auch wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, dass Klimaschutzpolitik als ressortübergreifender Politikbereich verstanden werden muss. Damit einher geht die Einsicht, dass auf jeden Fall verschiedene Strategien zu kombinieren sind, um bei der Reduktion der klimaschädlichen Emissionen erfolgreich zu sein.

Für die Umsetzung vorhandener Konzepte genügt es nicht, dies an die professionellen politischen Akteure (Parteien, Politiker/innen) zu delegieren oder den Klimaschutz zur Sache von Wissenschaftlern und Technikern zu erklären. Um „das Schlimmste abwenden zu können“ reicht es nicht, die nötigen finanziellen Mittel und die Erlaubnis für technische Verfahren zur

Manipulation der Meere und der Atmosphäre an diese zu delegieren. Klimaschutzpolitik von oben ist zwar eine unverzichtbare Voraussetzung. Ohne paralleles aktives bürgerschaftliches Engagement vor Ort besteht aber die Gefahr, dass ein Großteil der Aktivitäten im Sande verläuft.

Die Ziele der Klimaschutzpolitik für die Bundesrepublik lassen sich nur durch eine erhebliche Akzeptanz- und damit Engagementsteigerung bei den erneuerbaren Energien verwirklichen. Aus der Partizipationsforschung ist bekannt, dass die Beteiligung an Entscheidungen deren Akzeptanz erheblich erhöht. Noch wirkungsvoller ist eigenes Handeln. Ziel muss es deshalb sein, dass die Nutzer über eine aktivere Rolle den Weg in eine erheblich nachhaltigere Energiewirtschaft mitgestalten. Chancen und Ansatzpunkte hierfür stecken in einer Bürgerbewegung zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Durch sie ließen sich die vielfältigen Potenziale der erneuerbaren Energien sowie die Möglichkeiten zur Verbesserung der Energieeffizienz erheblich wirkungsvoller realisieren.